

HESSEN

# Erhöhtes Risiko für Ypsilanti

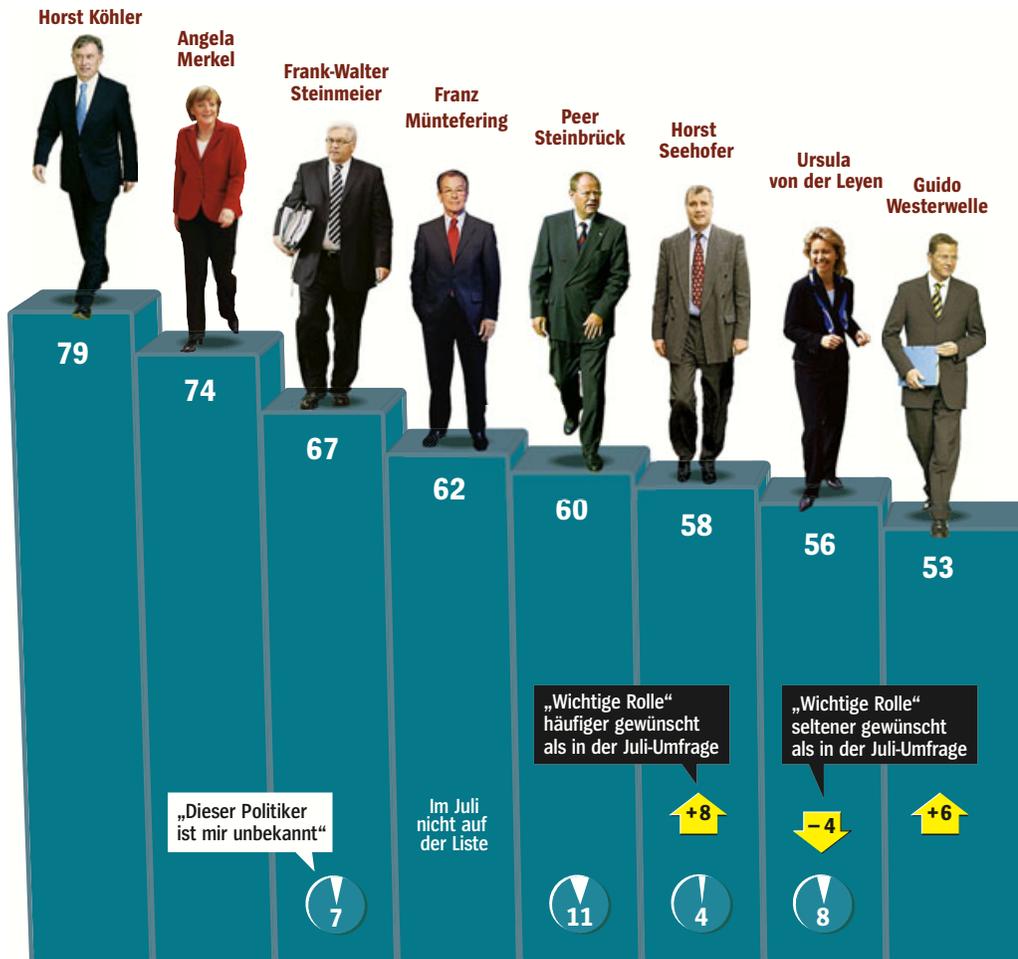
Mit mehreren Festlegungen im geplanten Koalitionsvertrag zwischen Sozialdemokraten und Grünen hat die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti für erhebliche Verstimmung unter Wirtschaftspolitikern in ihrem Landesverband gesorgt. Ypsilantis parteiinterner Rivale Jürgen Walter erklärte, er werde einer rot-grünen Landesregierung nicht angehören. Walter kritisiert vor allem die von Ypsilanti durchgedrückte Aufteilung des hessischen Wirtschaftsministeriums in ein Ressort für Wirtschaft, Landesentwicklung und Bauen sowie ein weiteres für Verkehr und Europaangelegenheiten. Das würde zur „absurden Konstruktion“ führen, dass Landes- und Verkehrsplanung „mit einem



ALEX GRIMM / REUTERS

## Ypsilanti

enormen Abstimmungsbedarf“ in zwei verschiedenen Ministerien stattfänden, beklagt Walter. Einige der von ihm geführten reformorientierten Netzwerker in der Hessen-SPD werfen Ypsilanti vor, diese Ressortaufteilung nur durchgesetzt zu haben, um einen Ministerposten für ihren engen Berater, den Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, zu schaffen. Scheer soll für Landesplanung zuständig sein. Für Unmut sorgen beim rechten Flügel der Hessen-SPD auch die Koalitionsvereinbarungen zu den Flughäfen Kassel-Calden und Frankfurt. Sie würden dazu führen, dass der in Nordhessen geforderte Ausbau des Flugplatzes Caldén praktisch erledigt sei, in Frankfurt am Main werde sich der Bau einer neuen Landebahn um mindestens ein Jahr verzögern. Ypsilanti ist auf die Stimmen von Walter, den Netzwer kern und den nordhessischen Abgeordneten in der SPD-Fraktion zwingend angewiesen.



Veränderungen bis zu 3 Prozent liegen im Zufallsbereich, sie werden deshalb nicht ausgewiesen.

GESUNDHEIT

# Illegale Pillenschwemme

Der Handel mit Arzneimitteln zweifelhafter Herkunft steigt dramatisch. Beschlagnahme der Zoll 2007 noch rund 1,5 Millionen Tabletten, über 100 000 Ampullen und 200 Kilogramm Pulver im Wert von mehr als acht Mil-

lionen Euro, waren es im ersten Halbjahr 2008 schon mehr als doppelt so viel. Experten rechnen damit, dass sich die Zahl bis Jahresende mindestens vervierfachen wird. Geschmuggelt werden nicht nur Doping- und Potenzpillen, sondern auch Antihistaminika für Allergiker, blutdrucksenkende Mittel und sogar Anästhesiepräparate für den Einsatz bei Operationen. Grund für den enormen Anstieg sind eine verstärkte Nachfrage, aber auch zunehmende Kontroll-



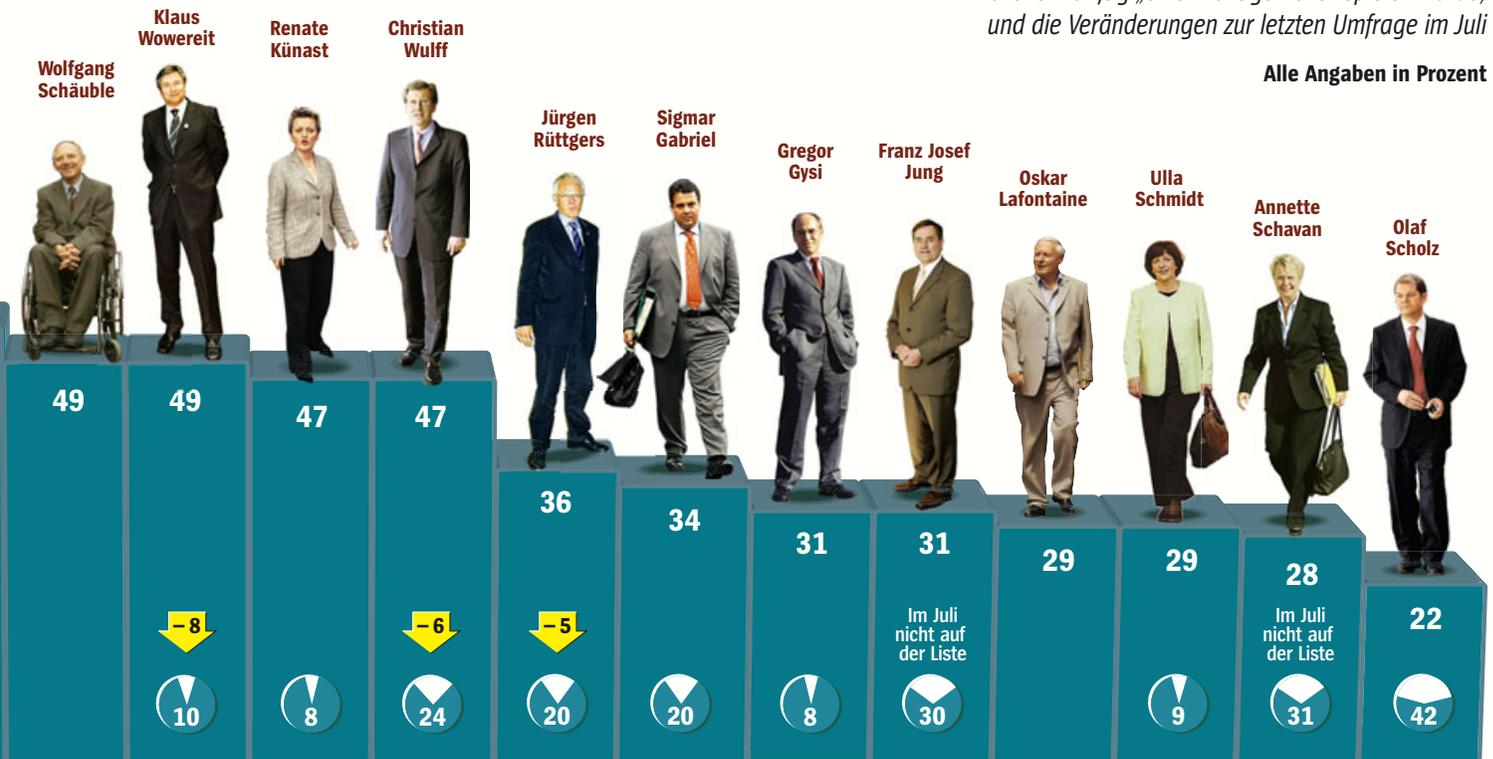
FRANKE MAY / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

len. So wirbt das Zollkriminalamt in Osteuropa massiv um Unterstützung der dortigen Behörden, um Vertriebs- und Zahlungswege zu ermitteln. Der illegale Medikamentenhandel ist aber nicht nur ein Problem des Internet. Mehrere Staatsanwaltschaften bereiten derzeit bundesweit Anklagen gegen Pharmahändler und mehr als hundert Apotheker vor, die illegale Billigimporte aus dem Ausland als reguläre Krebsmittel abgerechnet haben sollen.

# Seehofers Comeback

TNS Forschung nannte die Namen von 20 Spitzenpolitikern. Der Anteil der Befragten, die es gern sähen, wenn der jeweilige Politiker künftig „eine wichtige Rolle“ spielen würde, und die Veränderungen zur letzten Umfrage im Juli

Alle Angaben in Prozent



TNS Forschung für den SPIEGEL vom 21. und 22. Oktober; 1000 Befragte

## BILDUNG II

### „Soziale Selektion im Kindergarten“

Der Unternehmer Arend Oetker, 69, ist Präsident des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft.

**SPIEGEL:** Eine neue Studie belegt, dass Studiengebühren Tausende Abiturienten vom Studium abschrecken. Gehören die Gebühren nicht schnellstens abgeschafft?

**Oetker:** Nein, im Gegenteil. Unser Hauptproblem besteht nicht in den Studiengebühren, sondern in den Kindergartenbeiträgen. Die soziale Selektion beginnt doch schon im Kindergarten, im Alter von drei oder vier Jahren, indem wir den Eltern beachtliche Gebühren abverlangen. Das ist der eigentliche Skandal.

**SPIEGEL:** Aber auch Studiengebühren scheinen besonders diejenigen abzuschrecken, die keine Akademiker als Eltern haben.

**Oetker:** Der Staat kann aber nicht alles finanzieren. Deshalb ist es eher vertret-

bar und angesagt, die Studiengebühren in den Bundesländern, in denen es sie gibt, zu behalten ...

**SPIEGEL:** ... und in weiteren Bundesländern einzuführen?

**Oetker:** Ja, auch das. Dafür sollte der Staat die Beiträge für den Kindergarten übernehmen.

**SPIEGEL:** Gerade die Wirtschaft klagt ständig, dass es zu wenig Akademiker gibt. Können wir es uns wirklich leisten, mit Studiengebühren manche Interessenten abzuschrecken?

**Oetker:** Es ist richtig, dass wir mehr Akademiker brauchen. Aber es gibt unterschiedliche Wege dahin. Wir müssen zum Beispiel zusehen, dass Meister leichter an die Universität kommen und der Bachelor und die Fachhochschulen noch stärker anerkannt werden. Wir müssen auch die Studienbedingungen verbessern und die Abbrecherquoten senken. Dazu können



Oetker

Studiengebühren beitragen.

**SPIEGEL:** Studiengebühren helfen Ihrer Meinung nach den Studenten sogar?

**Oetker:** Ich glaube fest daran, dass jemand sich mehr Mühe gibt, wenn er zahlen muss. Und vergessen Sie nicht: Angehende Akademiker profitieren davon, dass sie später höhere Einkünfte haben.

Für diejenigen, die während des Studiums weniger Geld haben, gibt es ja bereits einige Modelle, etwa Bafög und Stipendien.

**SPIEGEL:** Von Stipendien profitieren nur wenige. Müsste nicht die Wirtschaft gerade ärmere Studenten stärker unterstützen?

**Oetker:** Es ist beachtlich, wie viele Unternehmen das bereits machen, unter anderem durch Stiftungen. Glauben Sie doch bitte nicht, dass diejenigen, die einen Mangel an Arbeitskräften verspüren, nichts tun.